



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
- L 214 -

Kiel, 6. Juli 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1145
(0431) 988 1142
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

*über die 69. Sitzung des **Bildungsausschusses***

*am Donnerstag, dem 2. Juli 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln**, Drucksache 16/2666, beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, Anzuhörende bis zum 8. Juli 2009 gegenüber der Ausschussgeschäftsleitung zu benennen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Sozialstaffelregelung für Kindertageseinrichtungen**, Drucksache 16/2669, beschloss der Ausschuss ebenfalls, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Angehört werden sollten neben den kommunalen Landesverbänden und dem Landesrechnungshof auch die Wohlfahrtsverbände.

Den ersten Absatz des im Rahmen des Selbstbefassungsrechts behandelten Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Besser Lernen in schallgedämmten Räumen - mehr Lärmschutz in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten**, Drucksache 16/2645 (neu), empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der zweite Absatz des Antrags abgelehnt. Der dritte Absatz wurde mit Zustimmung des Antragstellers für erledigt erklärt, der vierte Absatz wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Der Bildungsausschuss empfahl dem federführenden Finanzausschuss, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Konjunkturpaket II: Lärmschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas**, Drucksache 16/2653, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Sodann nahm der Ausschuss den Bericht des Bildungsministeriums über die Errichtung weiterer **gebundener Ganztagschulen und die Aufkündigung des Gastschulabkommens durch die Freie und Hansestadt Hamburg** (Umdruck 16/4410) entgegen.

Den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD **Berufliche Bildung stärken**, Drucksache

16/2400, empfahl der Ausschuss dem Landtag in der Fassung des Umdrucks 16/4449 mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Annahme.

Vorbehaltlich des Votums des Finanzausschusses empfahl der Bildungsausschuss den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Anwerbung von Lehrkräften in Ausbildung für Berufsschulen**, Drucksache 16/2549, mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag zur Ablehnung.

Im Anschluss daran empfahl der Bildungsausschuss dem Wirtschaftsausschuss im Rahmen des Selbstbefassungsrechts, die Berichterstattung der Landesregierung über die **Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BQG)** entsprechend dem Umdruck 16/4443 (neu) zu ändern.

Den Bericht der Landesregierung **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen**, Drucksache 16/2525, nahm der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls zur Kenntnis.

Auch die Berichte der Landesregierung zu **Beschlüssen der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 22. April 2009**, Drucksache 16/2660, sowie über die **Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)**, Drucksache 16/2450, nahm der Ausschuss einstimmig zur Kenntnis.

Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes setzte M Dr. Biel den Ausschuss darüber in Kenntnis, dass eine Begutachtung der Medizinischen Fakultäten durch den Wissenschaftsrat durchgeführt werden solle.

In nicht öffentlicher Sitzung befasste sich der Ausschuss abschließend mit der **Petition L142-16/1546 - Schulwesen; Lehrerstundenreduzierung**, interner Umdruck 16/4094.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Thomas Wagner